



MITTEILUNG AN DIE PRESSE

30. Januar 2012

Rot-Grün spricht sich für die Gründung eines Beirates für Menschen mit Behinderungen aus!

Auf Initiative der rot-grünen Koalition in Wandsbek hat sich die Bezirksversammlung die Einrichtung eines Beirates für Menschen mit Behinderungen in Wandsbek ausgesprochen. Der Beirat soll, analog dem Integrationsbeirat, der Bezirksamtsleitung zugeordnet werden. Der oder die Vorsitzende des Beirates soll zudem ehrenamtlicher Inklusionsbeauftragte/r für den Bezirk Wandsbek werden. Dazu Leni Melzer, integrationspolitische Sprecherin der SPD-Bezirksfraktion: „Wir freuen uns, dass ein Beirat eingerichtet werden soll, der die Interessen aller im Bezirk lebenden Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen vertritt.“

In der Freien und Hansestadt Hamburg leben nach Erhebungen des Statistikamtes Nord rund acht Prozent Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung. Dieser Personenkreis sieht sich trotz aller Verbesserungen immer noch einer Vielzahl von Problemen ausgesetzt: Dies sind u. a. Barrieren im ÖPNV und in privaten und öffentlichen Gebäuden und Diskriminierungen im Alltag z. B. durch die noch nicht umfassend umgesetzte Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Schule und im Beruf. Hierzu Dennis Paustian-Döscher, sozialpolitischer Sprecher der GAL-Fraktion: "Trotz der gestiegenen Akzeptanz sind Menschen mit Behinderungen immer noch offener oder versteckter Diskriminierung ausgesetzt. Der Inklusionsbeauftragte soll hier als Ansprechperson den Betroffenen Hilfestellungen geben."

Um die Interessen von Menschen mit Behinderungen noch besser bei den Planungen berücksichtigen zu können, ist die Schaffung eines Beirates für Menschen mit Behinderungen unerlässlich. Ein Beirat für Menschen mit Behinderungen soll der Bezirksverwaltung und der Bezirksversammlung Hilfestellungen bei der Planung von Bauvorhaben und in Belangen der sozialen Stadtentwicklung geben. Zudem würde so eine Anlaufstelle für Alltagsprobleme von Menschen mit Behinderungen geschaffen werden.

Leni Melzer weiter: „Der Beirat soll nach unserer Vorstellung aktiv zu einer behindertengerechten Kommunalpolitik beitragen, den Kontakt zu den Behindertenorganisationen pflegen und als Anlaufstelle für Menschen mit Behinderungen dienen.“